

## 1. ZIELSETZUNG DER ARBEIT UND KERNTHESEN

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, Ende des Jahres 2004, wird in Europa kein Thema so kontrovers diskutiert wie der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (EU)<sup>1</sup>. Neben der nunmehr vierzigjährigen Historie der Beziehungen werden die geographische Lage, die Religion, die Kultur, die wirtschaftliche Entwicklung und der demokratische Reifegrad der Türkei herangezogen, um Erklärungen für ein „*Pro*“ oder „*Contra*“ zu einem möglichen Beitritt zu finden. Dabei beeinflusst auch die EU-Osterweiterung unmittelbar die Diskussionen, da sie die Europäische Union zur Reform ihrer Strukturen zwingt und die Frage aufwirft, ob im derzeitigen Stadium nicht eher einer Vertiefung der Union statt einer zusätzlichen Erweiterung Vorrang gegeben werden sollte.

Die gegenwärtigen Beitrittskandidaten für eine Aufnahme in die EU sind die Türkei, Rumänien, Bulgarien und Kroatien. Im Falle der Türkei stellt die Beitrittskandidatur eine wichtige Etappe ihrer Beziehungen zur EU dar, welcher der Beginn von Beitrittsverhandlungen Ende 2005 folgen könnte. Allerdings muss unterstrichen werden, dass der Prozess bis zur Anerkennung der Türkei als offizieller Beitrittskandidat die EU-Türkei Beziehungen auf eine harte Probe gestellt hat. In diesem Kontext gibt es zwei wichtige Entscheidungen, die als politische Wendepunkte in der jüngsten Vergangenheit der europäisch-türkischen Beziehungen betrachtet werden können.

Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates von Luxemburg am 12. und 13. Dezember 1997 stellte die EU fest, dass die Türkei die Kriterien zur Qualifizierung als Beitrittskandidat (noch) nicht erfüllt hatte. Aufgrund des besonders wichtigen Stellenwertes der EU-Türkei Beziehungen für die türkische Innen- sowie Außenpolitik, stellte dies eine Deklassierung der Türkei dar. Die Türkei entschied sich, den politischen Dialog einzufrieren, mit der Intention, die EU solle zuerst ihre Entscheidung von Luxemburg revidieren. Nach dem Abbruch des politischen Dialogs vergingen fast genau zwei Jahre bis auf einem erneuten Gipfeltreffen des Europäischen Rates

---

<sup>1</sup> Nach Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht und dessen Ratifizierung ist der beschlossene Unionsvertrag seit dem 01.11.1993 rechtskräftig. Damit wurde aus der „Europäischen Gemeinschaft“ die „Europäische Union“. Im Folgenden wird je nach dem Zeitpunkt der beschriebenen Ereignisse sowohl die Bezeichnung „EG“ als auch „EU“ verwendet.

am 10. und 11. Dezember 1999 in Helsinki die Türkei als prädestiniert für eine Beitrittskandidatur erachtet und in den Kreis der Kandidaten aufgenommen wurde.

Innerhalb dieses zweijährigen Zeitraums zwischen Ende 1997 und Ende 1999 erschienen eine Vielzahl von Zeitungsartikeln und -berichten über die europäisch-türkischen Beziehungen in der türkischen Presse. Die Überschriften sowie Inhalte der Berichterstattung beinhalteten unterschiedliche Facetten zur Gesamtsituation der Beziehungen und spiegelten die voneinander abweichenden Meinungen der politischen Akteure<sup>2</sup> wider. Dabei war zu beobachten, dass im Fall der türkischen EU-Kandidatur und einer möglichen Vollmitgliedschaft der Türkei die veröffentlichte Meinung zwischen Kritik, Lob, Zuspruch und Ablehnung breit gefächert gewesen ist. Obwohl einzelne veröffentlichte Meinungen und auch deren Addition nicht automatisch die öffentliche Meinung ergibt, können sie als Produkt politischer Kommunikation zu einer herrschenden Meinung werden.<sup>3</sup> Veröffentlichte Meinungen fallen in der Regel durch ihre einflussreiche Funktion schwer ins Gewicht, da sie sowohl als richtungweisendes Stimmungsbarometer verstanden werden als auch den an dem Prozess beteiligten Akteuren neu zu erfüllende Kriterien sowie Aufgaben auferlegen und Änderungen in ihren Handlungsstrategien bewirken können.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Wichtigkeit, ob die veröffentlichte Meinung den Tatsachen, wirklichen Vorgängen und Zusammenhängen entspricht oder lediglich eine individuelle Meinung wiedergibt. Im Fall der europäisch-türkischen Beziehungen zwischen Ende 1997 und Ende 1999 ist davon auszugehen, dass in den veröffentlichten Meinungen auch die Gründe für die Ablehnung bzw. Zustimmung zu einer türkischen Beitrittskandidatur wiederzufinden sind.

Die bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Publikationen zum Thema der Berichterstattung über die EU-Türkei Beziehungen konzentrieren sich weitgehend auf

---

<sup>2</sup> Hierzu zählen Personen, Länder, Institutionen sowie Organisationen.

<sup>3</sup> So kam es öfters vor, dass ich bei Diskussionen mit Freunden beispielsweise zu hören bekam, dass in der Türkei gefoltert werde. Auf die Frage, ob sie der Quelle und der wahren Gegebenheit der Informationen, die sie aus Fernsehen und Printmedien übermittelt bekommen, auf den Grund gegangen seien, blieben die meisten eine Antwort schuldig.

<sup>4</sup> Vgl. NEIDHARDT, F. (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, in: NEIDHARDT, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 34/1994), Opladen, S. 9; SARCINELLI, U. (2004): Öffentliche Meinung, in: ANDERSEN, U./WOYKE, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 444.

Presseanalysen, deren Ziel in der Wiedergabe der Nachrichteninhalte liegt. Dabei bildet die generelle Einstellung zur Türkei in der deutschen Berichterstattung den Schwerpunkt der meisten wissenschaftlichen Arbeiten. Einige der letzten Arbeiten untersuchen die Reflektion des EU-Beitritts der Türkei in der deutschen und türkischen Presse.<sup>5</sup> Im Mittelpunkt dieser Arbeiten steht die systematische Erfassung und inhaltliche Analyse der Presseberichte, wobei der öffentliche Diskurs in den Printmedien vordergründig untersucht wird. Diese Arbeiten beinhalten vor allem Ergebnisse zu den in der Presse vermittelten Klischees über die Türkei, zum Wandel und zur Kontinuität der Berichterstattung. Eine Hinterfragung des Wahrheitsgehalts der veröffentlichten Meinung und somit auch der Berichterstattung wurde nicht durchgeführt.

Die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist es daher, die in den türkischen Zeitungen veröffentlichten Meinungen im Zeitraum von Ende 1997 bis Ende 1999 zu erfassen und die daraus erkennbaren Ablehnungsgründe einer türkischen Beitrittskandidatur sowie die Kritik an der türkischen Politik mit den in der Türkei gegebenen Rahmenbedingungen abzugleichen, um somit den Realitätsgehalt der Berichterstattung in der Presse, im speziellen die Aussagen der politischen Akteure, zu überprüfen. Im Detail geht es um punktuelle Richtigstellungen mit den in der Türkei gegebenen sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. Die dadurch gewonnen Erkenntnisse über die Kritikpunkte und deren mögliche Übereinstimmung mit den in der Türkei vorzufindenden Rahmenbedingung lassen im Ergebnis Rückschlüsse auf die seitens der EU gefällten Entscheidungen auf den Gipfeltreffen in Luxemburg und Helsinki zu. Hierbei gilt zu unterstreichen, dass der Untersuchungsrahmen den internen EU-Entscheidungsprozess über eine Beitrittskandidatur der Türkei nicht mit einschließt. Es liegt vielmehr eine klare Abgrenzung zu diesem Prozess vor, indem die „*Objektivität*“ der EU-Ratsentscheidungen an den Aussagen der politischen Akteure, dem

---

<sup>5</sup> Erwähnt werden sollten an dieser Stelle die umfassendsten dieser wissenschaftlichen Arbeiten: ALKAN, M. N. (1994): Die Perzeption der Türkei im Spiegel der westdeutschen Presse von 1960 bis 1971, Bonn; GÜR, G. (1998): Das Türkei bild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen, Frankfurt/M.; QUANDT, S. (1995): Die Darstellung der Türkei, der Türken und Kurden in deutschen Massenmedien, Gießen; ATEŞ, S. (2000): Die deutsch-türkischen Beziehungen in der türkischen Presse, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 7/2000, Bonn, S. 32–61; ATEŞ, S. (2002): Der EU-Beitritt der Türkei und seine Spiegelung in der deutschen und türkischen Presse, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 10/2000, Bonn, S. 31–72.

Realitätsgehalt und der politischen Umsetzung in der Türkei gemessen wird. Hierzu werden diese einzelnen Variablen miteinander verglichen und die anschließenden Schlussfolgerungen erfolgen auf Basis dieses Vergleichs.

Zudem soll untersucht werden, ob die veröffentlichte Meinung im Ergebnis Einfluss auf die Handlungen der türkischen politischen Akteure genommen hat. Der hier erwähnte Einfluss gilt in erster Linie in Bezug auf die politische Umsetzung seitens der von der EU geforderten Gesetzesänderungen zur Anpassung der Rahmenbedingungen in der Türkei an europäische Standards.

Neben dem Vergleich der veröffentlichten Meinung mit den realen gegebenen Rahmenbedingungen berücksichtigt diese Arbeit über den Untersuchungszeitraum hinaus auch die Entwicklungen in den europäisch-türkischen Beziehungen bis zum heutigen Zeitpunkt (Ende 2004), um so Zusammenhänge der Position der Türkei im EU-Erweiterungsprozess richtig, d.h. wirklichkeitsadäquat wiedergeben zu können. Ein wichtiger Grund für die Untersuchung der Entwicklungen in der Türkei ist die Vielzahl an durchgeführten Reformen, die das intensive Bemühen zur Erreichung europäischer Standards widerspiegeln. Folgende Kernfragen gilt es bei dieser Untersuchung zu beantworten:

1. Welche Hauptthemen wurden in den veröffentlichten Meinungen innerhalb der politischen „Eiszeit“ zwischen Ende 1997 und Ende 1999 in Bezug auf eine türkische Beitrittskandidatur und einen möglichen EU-Beitritt angesprochen? Wie hat sich deren Gewichtung bis heute verändert?
2. Welche Themen wurden im Rahmen der veröffentlichten Meinung am häufigsten genannt und sind als Haupthindernisse einer EU-Mitgliedschaft der Türkei anzusehen? Wird in der veröffentlichten Meinung eher eine Pro- oder Contra-Haltung zur türkischen Beitrittskandidatur und zum türkischen EU-Beitritt vertreten?
3. Stimmt die in der veröffentlichten Meinung enthaltene Kritik mit der sozio-ökonomischen und politischen Wirklichkeit in der Türkei überein?
4. Hat die veröffentlichte Meinung Einfluss auf das politische Handeln der Akteure, d.h. welche Entwicklungen sind in Bezug auf die geäußerten Kritik-

punkte im Untersuchungszeitraum sowie im Anschluss daran in der Türkei zu verzeichnen? Was hat sich bis heute im Rahmen des Annäherungsprozesses in der Türkei verändert?

5. Welchen Ausblick erlauben sowohl die Entwicklungen in der Türkei als auch der interne Veränderungsprozess der EU aus heutiger Sicht für die zukünftigen europäisch-türkischen Beziehungen und eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei?

Die Kernthesen dieser Untersuchung lauten, dass

1. *die aus der veröffentlichten Meinung hervorgehenden Kritikpunkte nicht die realen Gegebenheiten in der Türkei widerspiegeln,*
2. *die Türkei, basierend auf der Entscheidung vom Europäischen Rat von Luxemburg, innerhalb des Untersuchungszeitraums mit der EU keinen politischen Dialog geführt hat und demnach ein Einfluss der veröffentlichten Meinung auf das Handeln politischer Akteure in der Türkei nicht gegeben ist,*
3. *keine entscheidenden Verbesserungen in der Türkei im Hinblick auf die wichtigsten Kritikpunkte, die aus der veröffentlichten Meinung im Untersuchungszeitraum hervorgehen, zu verzeichnen sind,*
4. *die Entscheidung, die Türkei auf dem Europäischen Rat von Luxemburg als Beitrittskandidat abzulehnen, um sie zwei Jahre später auf dem Europäischen Rat von Helsinki in den Kreis der EU-Anwärterstaaten aufzunehmen, eher auf innergemeinschaftliche und strategische Überlegungen der EU zurückzuführen ist.*